16. Wahlperiode

Plenar- und Ausschussdienst

Inhaltsprotokoll

Ausschuss für Bauen und Wohnen

41. Sitzung

16. September 2009

Beginn: 15.05 Uhr

Ende: 16.24 Uhr

Vorsitz: Dr. Manuel Heide (CDU)

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Uwe Doering (Linksfraktion) fragt, ob der Senat nach der Entscheidung des Bundeskartellamts zu seiner politischen Grundaussage stehe, dass der Siegerentwurf für das Humboldt-Forum umgesetzt werden solle, und ob der Senat von einer Verzögerung beim Bau des Forums ausgehe.

Albert Weingartner (FDP) schließt die Frage an, wie der Senat den Entwurf für die geplante Infobox am Humboldt-Forum im Hinblick auf die Kriterien der neuen Gestaltungsverordnung für das historische Zentrum bewerte.

René Stadtkewitz (CDU) bittet um Auskunft, ob der Senat Handlungsspielraum sehe, um einer eventuellen Verzögerung entgegenzuwirken, und ob die Entscheidung Auswirkungen auf den B-Plan haben werde.

Dr. Michael Arndt (SPD) fragt nach den Auswirkungen der Entscheidung auf künftige Vergabeverfahren und auf mittlere und kleine Architekten- und Planungsbüros.

Staatssekretärin Maria Krautzberger (SenStadt) versichert, dass der Senat weiterhin zu dem Projekt Humboldt-Forum stehe. Inwieweit die Entscheidung der Vergabekammer Auswirkungen auf den Zeitplan habe, könne der Senat nicht absehen. Die Verantwortung liege beim Bundesbauministerium. Berlin habe bei seinen Vergabeverfahren sichergestellt, dass auch leistungsfähige kleine Büros, ggf. Bürogemeinschaften zum Zuge kämen. Die Gestaltungsverordnung für das historische Zentrum erfasse den Standort der Infobox nicht. Zudem handele es sich um ein temporäres Bauwerk, bei dem die bauliche Gestaltung nicht das einzige Kriterium sei.

Albert Weingartner (FDP) erkundigt sich, warum der Standort nicht erfasst sei.

Staatssekretärin Maria Krautzberger (SenStadt) erklärt, sie könne nicht sagen, warum dieser Bereich ausgenommen worden sei, gehe aber davon aus, dass im Hinblick auf die weitgehenden Festlegungen keine

Notwendigkeit für weitere gestalterische Vorgaben in diesem Bereich bestanden habe. Die Infobox nehme als temporäres Bauwerk Bezug auf das Baugeschehen, weniger auf den Kontext der historischen Bebauung.

Andreas Otto (Grüne) fragt, ob der Altlastenskandal im GEWO BAG-Aufsichtsrat eine Rolle spiele.

Staatssekretärin Maria Krautzberger (SenStadt) bestätigt, dass dies hin und wieder auch im Aufsichtsrat eine Rolle spiele. Aufsichtsratssitzungen unterlägen der Geheimhaltung. Daher könne sie dazu nichts sagen.

Andreas Otto (Grüne) interessiert, ob die Staatssekretärin etwas über das nächste Woche vor dem Landgericht stattfindende nächste Verfahren wisse. – [Staatssekretärin Maria Krautzberger: Ist mir nicht bekannt!]

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung (alt 3)

Besprechung gemäß § 21 Abs. 5 GO Abghs
Sanierung der Staatsoper – Sachstand des Neuausschreibungsverfahrens
(auf Antrag der Fraktion der CDU)

[0116](#)

René Stadtkewitz (CDU) fragt nach dem Sachstand und dem weiteren Verfahren.

Staatssekretärin Maria Krautzberger (SenStadt) berichtet, das Vergabeverfahren sei neu aufgesetzt und mit der Beauftragung des günstigsten Bieters abgeschlossen worden. Einzelne Planungsleistungen habe man separat vergeben, mit dem Schwerpunkt, eine denkmalgerechte Sanierung der Staatsoper sicherzustellen. Der Nachprüfungsantrag eines Bieters zum Verfahren der Bauüberwachung sei von der Vergabekammer zurückgegeben worden, sodass dieses Thema erledigt sei. Zurzeit würden die Bauplanungsunterlagen aufgestellt. Insgesamt seien vier Teilbauplanungsunterlagen vorgesehen.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) ergänzt, die Planungsleistungen für Architekten, technische Ausrüstung, Bühnentechnik, Tragwerksplanung und Bauüberwachung seien einzeln ausgeschrieben worden. Abschluss des letzten Verfahrens sei im Juni gewesen. Im März habe sich im Architektenverfahren „hg merz“ durchgesetzt. Die Vorplanungsunterlagen seien am 14. August im Kostenrahmen von 239 Mio. Euro eingereicht worden und lägen zur Prüfung bei der entsprechenden Prüfungsabteilung. Um den rechtzeitigen Baubeginn 2010 sicherzustellen, würden bei der Erarbeitung der Bauplanungsunterlagen Maßnahmen vorgezogen: die Verlegung der Medien in der Straße im Hinblick auf die unterirdische Verbindung des Opernhauses mit dem Intendantengebäude und der Bau des unterirdischen Magazins. Vorgesehen seien der Baubeginn im Spätsommer 2010 mit der Medienverlegung und eine Bauzeit von drei Jahren, sodass die Staatsoper hoffentlich am 3. Oktober 2013 wiedereröffnet werden könne.

Ralf Hillenberg (SPD) erkundigt sich, ob in den 239 Mio. Euro ein Betrag für Unvorhergesehenes enthalten sei, ggf. in welcher Höhe. Dieser Betrag sei hoffentlich nicht mit den Planungsleistungen vergeben worden.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) bestätigt einen Ansatz für Unvorhergesehenes von insgesamt 10 Prozent – Hochbaukosten 15 Prozent, Haustechnik 5 Prozent –, der nicht mit Maßnahmen belegt sei.

Uwe Doering (Linksfraktion) fragt nach den Folgen einer Baukostenüberschreitung im Hinblick auf die Bundesbeteiligung von 200 Mio. Euro und den etwaigen Einstieg privater Investoren. Welcher Entwurf liege der Sanierung zugrunde? Warum werde nicht das gesamte Magazinegebäude saniert?

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) bittet um Auskunft, wie das Akustikproblem gelöst werde.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) erläutert, im Zuschauerraum werde eine deutliche Verbesserung der Akustik durch Anhebung der Decke und eine Nachhallgalerie im Dachraum unter weitestgehender Beibehaltung des Erscheinungsbildes angestrebt. Die natürliche Akustik solle dann so gut sein wie jetzt mit der Nachhallanlage. Diese Lösung sei mit dem Landesdenkmalamt abgestimmt. Etwa 60 Prozent des Magazin-

gebäudes seien Gegenstand der Maßnahme, da die Staatsoper nach dem Raumprogramm nicht mehr benötige. Das Magazinegebäude werde Probebühnen und -säle aufnehmen. Der Bund werde maximal 200 Mio. Euro zur Verfügung stellen. Mehrkosten müsste das Land Berlin tragen.

Staatssekretärin Maria Krautzberger (SenStadt) teilt mit, gegenwärtig fänden Gespräche mit den Freunden der Staatsoper über die Höhe der privaten Zuwendungen statt.

Albert Weingartner (FDP) fragt, ob eine weitere Verbesserung der Akustik bei anderer Gestaltung möglich gewesen wäre.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) antwortet, bei einem Neubau wäre eine bessere Akustik möglich. Basis sei aber ein denkmalgeschütztes Gebäude. Hier werde das Maximum erreicht.

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) macht geltend, dass der Roth-Entwurf keinen Neubau vorgesehen habe. Nähere sich die Akustik diesem Entwurf an, oder wäre die Roth-Akustik die optimale gewesen?

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) betont, die denkmalgerechte Sanierung des Zuschauerraums mit hohem Wiedererkennungswert stehe im Vordergrund. Dem entspreche der Merz-Vorschlag. Die Akustik werde so weit wie möglich verbessert. Der Roth-Entwurf habe einen kompletten Neubau des Zuschauerraums vorgesehen. Dem werde man sich nicht nähern.

Andreas Otto (Grüne) geht davon aus, dass sich demnach an den Sichtproblemen im Zuschauerraum nichts ändern werde. Sei die Nachnutzung des Schillertheaters ab Oktober 2013 geklärt?

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) legt dar, angestrebt werde, das Proszenium etwas zu verbreitern und bei den Sitzen in den Rängen leichte Verbesserungen durchzuführen, sodass sich die Sichtverhältnisse etwas verbessern würden. Zur Nachnutzung des Schillertheaters verweise er auf SKZl-Kult.

René Stadtkewitz (CDU) fragt nach der Veränderung der Zugangssituation zum Saal.

Hermann-Josef Pohlmann (SenStadt) stellt klar, die Zugangssituation habe sich nach dem Roth-Entwurf verändern sollen, bleibe jetzt aber so bestehen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 3 der Tagesordnung (alt 4)

Schreiben SenStadt vom 1.9.2009 / Zustimmungersuchen

[0153](#)

Umbau der Karl-Liebknecht-Straße von Alexanderstraße bis Mollstraße und
Wadzeckstraße von Karl-Liebknecht-Straße bis Planstraße 5

Rainer Ueckert (CDU) betont, seine Fraktion sei weiterhin gegen das Straßenausbaubeitragsgesetz und werde es außer Kraft setzen, wenn sich die Möglichkeit biete. Die Vorlage erfülle die Anforderungen des Gesetzes nicht. § 3 Abs. 3 werde nicht eingehalten. Der Vorschlag einer alternativen Ausbauvariante – mögliche Kosteneinsparung von 4 355 Euro durch ungeschliffene anstelle von geschliffenen Gehwegplatten – sei bei einem Volumen von 3,5 Mio. Euro lächerlich. Es gebe andere Ausbauvarianten, die den Bürgern und dem Ausschuss hätten vorgelegt werden müssen. Der Radverkehr in der Karl-Liebkecht-Straße solle auf dem Bussonderfahrstreifen geführt werden, der dadurch in seiner Wirkung gemindert werde. Dies widerspreche den Vorstellungen der SenStadt zur Busbeschleunigung. Es biete sich an, einen Radweg auf dem breiten Gehweg anzulegen. Dies hätte zumindest als Alternative vorgestellt werden müssen. Die Vorlage sei so nicht zustimmungsfähig. SenStadt hätte bei den Parkhäfen die Variante Großpflaster- anstelle von Kleinpflasterbefestigung mit einer Kosteneinsparung von 6 250 Euro wählen müssen. Er plädiere dafür, die Großpflastervariante zu beschließen. Des Weiteren sollten ungeschliffene anstelle von geschliffenen Gehwegplatten verwendet werden, die bei Nässe und herabgefallenem Laub sicherer seien. Er schlage zweischichtige Platten vor. Der Preis entspreche ungefähr dem Preis der geschliffenen Gehwegplatten.

Klaus-Peter von Lüdeke (FDP) schließt sich den Ausführungen zum Straßenausbaubeitragsgesetz an. SenStadt mache ernst damit, dass Fahrbahnerneuerungen nach mehr als 40-jähriger Nutzungsdauer umlagefähig seien. Dies dürfte 95 Prozent des Berliner Straßennetzes betreffen. Verwunderlich sei die Feststellung, dass die Erneuerung der Beleuchtungsanlage eine Verbesserung der Beleuchtungssituation darstelle und somit beitragsfähig sei, im Hinblick auf die angekündigte Änderung zur Straßenbeleuchtung. Ihn interessierten die Zahl und die Anteile der Betroffenen und wer außer BIM und TLG noch betroffen sei, ob Einsprüche vorlägen und wie diese begründet seien.

Claudia Hämmerling (Grüne) teilt die Kritik und begrüßt die Vorschläge des Abg. Ueckert. Ihre Fraktion könne der Vorlage nicht zustimmen, auch weil in der Wadzeckstraße Parkhäfen, aber keine Radspuren angelegt würden. Der Fahrradverkehr, der in der Innenstadt einen Anteil 25 Prozent ausmache und angesichts der Situation bei der S-Bahn eine wichtige Alternative sei, werde nicht berücksichtigt.

Ralf Hillenberg (SPD) nimmt die Frage auf, warum in der Wadzeckstraße kein Radweg angelegt werde. Die Koalitionsfraktionen hätten keinen Änderungsbedarf. Ihn interessiere zum Vorschlag des Abg. Ueckert, ob die Variante mit ungeschliffenen Gehwegplatten noch einmal seitens der Betroffenen zustimmungspflichtig wäre. Treffe zu, dass keine Einsprüche gekommen seien? Wer seien die Betroffenen?

Staatssekretärin Maria Krautzberger (SenStadt) legt dar, die betroffenen Anlieger seien OFD und TLG. Zur Beleuchtung verweise sie auf die derzeit vorliegenden gesetzlichen Grundlagen. SenStadt habe sich intensiv mit der Radwegführung befasst und aus Sicherheitsgründen entschieden, den Radverkehr auf einer überbreiten Busspur von 5 Metern mitzuführen. Die Wadzeckstraße gehöre zum untergeordneten Straßennetz; es gelte Tempo 30. Üblicherweise würden dort keine eigenen Radspuren eingerichtet. Unter Sicherheitsaspekten sei keine zusätzliche Maßnahme erforderlich. Zu den Gehwegplatten halte sie fest: Die Anlieger seien über die Variante mit den höheren Kosten informiert worden und hätten keine Einwände erhoben. Mit einer preiswerteren Variante dürfte es keine Probleme geben.

Rainer Ueckert (CDU) macht geltend, dass die Busspur nur 4,50 Meter breit sei. Auch nach Ansicht der Fachleute der SenStadt sei ein 2 Meter breiter Fahrradstreifen mit Benutzungspflicht auf einem 12 Meter breiten Gehweg sicherer als die Mitbenutzung eines Bussonderfahrstreifens.

Claudia Hämmerling (Grüne) fragt, wie breit die Busspur Unter den Linden sei. Dort zeige sich der Konflikt zwischen dem Busverkehr und den Radfahrern. Die Busse seien langsamer, die Radfahrer nicht sicher.

Staatssekretärin Maria Krautzberger (SenStadt) bemerkt, die Busspur Unter den Linden sei mit Sicherheit schmaler als 5 Meter. Dort komme es zu Problemen. Die Busspur in der Karl-Liebknecht-Straße sei überwiegend 5 Meter breit. Deshalb hätten sich alle am Planungsprozess Beteiligten für diese Lösung ausgesprochen.

Katrin Vietzke (SenStadt) ergänzt, in der Umgebung des Alexanderplatzes würden überwiegend geschliffene Gehwegplatten verwendet. SenStadt schlage deshalb für die Karl-Liebknecht-Straße geschliffene und für die Wadzeckstraße ungeschliffene Gehwegplatten vor.

Dr. Michael Arndt (SPD) betont, dass ein kombinierter Verkehr sicherer sei als die Aufteilung des Verkehrs. Deshalb habe man sich von separaten Radwegen verabschiedet. Ihn interessiere, wer in dem Verfahren die Interessen der Radfahrer vertreten habe.

Katrin Vietzke (SenStadt) verweist auf das entsprechende Fachreferat. Die Lösung sei angemessen.

Der **Ausschuss** beschließt mehrheitlich, den Änderungsantrag des Abg. Ueckert abzulehnen und der Vorlage zuzustimmen.

Punkt 4 der Tagesordnung (alt 2)

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0152](#)
Stand der Sanierungsplanung ICC
(auf Antrag aller Fraktionen)

- b) Antrag der Fraktion der FDP [0128](#)
ICC-Fassade erhalten
Drs 16/2119

- c) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0151](#)
Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von Berlin für die Haushaltsjahre
2010 und 2011 (Haushaltsgesetz 2010/2011 – HG 10/11)
Drs 16/2600
Hier: Kapitel 12 50 Titel 701 10 (und hierzu eingegangene Berichtsaufträge
der Fraktionen)

Albert Weingartner (FDP) wendet sich dagegen, die Fassade des ICC bei der Sanierung zu verändern und neu zu gestalten. Denkmalschutz und Urheberrecht der Architekten seien zu berücksichtigen.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide bittet um Darlegung der gegenwärtigen Sanierungs- und Zeitplanung.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) erinnert an den Senatsbeschluss zur Sanierung des ICC aus dem Jahre 2008, der mit einer Kostenschätzung von 176 Mio. Euro für die Technikerneuerung und behutsame Sanierung und 6 Mio. Euro für die Schadstoffsanierung im Dachbereich verbunden gewesen sei und in einem ersten Schritt die technische Sanierung und einige Funktionsänderungen vorsehe, aber keine vollständige Veränderung der Funktion großer Bereiche des ICC. Weitere Entscheidungen sollten nach dieser vorrangig technischen Sanierung getroffen werden. Sie erinnere daran, dass die Messe weiter gehende Vorstellungen gehabt habe. SenStadt habe auf Bitte der SenWiTechFrau vom Juli 2008 die Verantwortung als Baudienststelle für die ICC-Sanierung und den Abriss der Deutschlandhalle anstelle der Messe und der Fachverwaltung übernommen. Messe und SenWiTechFrau erstellten seither ein Bedarfsprogramm. SenStadt unterstütze dies mit technischen Hinweisen und Gutachten zur Technik und zur Ermittlung des Sanierungsbedarfs. Ein Gutachten habe eine Belastung mit künstlichen Mineralfasern und Asbest aufgezeigt; die Fundstellen seien kartiert worden. Die Messe solle im Rahmen der Erstellung des Bedarfsprogramms klären, mit welcher Priorität diese Fundstellen beseitigt werden müssten. Das Bedarfsprogramm solle auch zeitliche Vorstellungen zur ICC-Sanierung enthalten, damit die Bauraten und der finanzielle Aufwand genauer eingeschätzt werden könnten. 2010 seien 5 Mio. Euro für Planungsleistungen veranschlagt, 2011 13 Mio. Euro für die ersten Bauraten. Sie erwarte ein prüffähiges Bedarfsprogramm spätestens zum Ende des Jahres, sodass SenStadt im Frühjahr mitteilen könne, zu welcher Veränderung der Raten der Finanzplanung, nicht der Anmeldungen zum Haushalt 2010/11, das geprüfte Bedarfsprogramm führen werde.

Albert Weingartner (FDP) fragt, ob der Einbau von Kühlungsanlagen im Hinblick auf das beabsichtigte Klimaschutzgesetz realisiert werden könne und welchen Standard die energetische Sanierung erreichen solle.

Uwe Doering (Linksfraktion) hält an der Zurückstellung des Titels zur 2. Lesung fest. Die Kosten für die gesamte Maßnahme in Höhe von 182 Mio. Euro seien geschätzt. Er frage nach der Kostenentwicklung, auch im Hinblick auf die Asbestsanierung, der Sanierungsdauer, die ebenfalls kostenrelevant sei, und der energetischen Sanierung. Die Betriebskosten seien zz. sehr hoch. In welchem Umfang solle die Nutzfläche ausgeweitet werden? Wie könne das Problem der Wärmedämmung und Erhaltung der Außenfassade gelöst werden?

Andreas Otto (Grüne) erkundigt sich nach dem Abriss der Deutschlandhalle und dem Bau einer neuen Messehalle. Wie funktioniere dies alles zusammen? Wie sei der Zeitplan?

René Stadtkewitz (CDU) fragt, ob 6 Mio. Euro für die Schadstoffsanierung reichten, Teile des Parkhauses anders genutzt werden sollten und welche Vereinbarungen es mit der Messe über die künftige Nutzung gebe.

Ralf Hillenberg (SPD) bittet um Auskunft, ob der derzeitige Primärenergiebedarf bekannt sei, welcher Standard nach der EnEV 2009 erreicht werde und ob die verschärften Energieeinsparungen bereits in den Kostenschätzungen berücksichtigt seien.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide schließt die Fragen an, was mit der Ausfahrt gegenüber vom ICC passieren solle und inwieweit Probleme in Bezug auf das Urheberrecht der Architekten existierten.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) betont, die Fassade solle bleiben, wie sie sei. Auch wenn kein Denkmalschutz bestehe, gebiete dies der Respekt vor dem Gebäude. Mit den Vorstellungen der Architekten für eine Funktionsveränderung habe sich SenStadt intensiv auseinandergesetzt, müsse aber dem folgen, was sich Berlin leisten könne und was mit der Messe als Nutzerin abgestimmt sei. Vor etwa einem Dreivierteljahr habe ein Gespräch stattgefunden. Die Urheberrechte würden respektiert; es gebe zurzeit keinen Konflikt. Bei der Konzeptbestimmung sei deutlich geworden, dass der Messe Räume mittlerer Größe fehlten. Bei der Erstellung des Bedarfsprogramms müsse der Bedarfsträger klären, ob große Räume geteilt werden könnten. Die Frage des Umgangs mit dem ehem. Restaurant spiele eine große Rolle. Für die energetische Sanierung seien die EnEV 2009 und ggf. Weiterentwicklungen der EnEV der Maßstab. Mehrkosten dafür könne SenStadt zurzeit nicht beziffern. Kostenfolgen seien Gegenstand der Betrachtung des Bedarfsprogramms. Die Raten der Finanzplanung seien anhand des Bedarfsprogramms zu überprüfen. Die Zeitleiste sei auf das Jahr 2017 ausgerichtet. Wesentliche Maßnahmen fänden in den Jahren ab 2012 statt. Ein Gutachter habe die Schadstoffsanierung auf 6 Mio. Euro geschätzt. Sie sei davon überzeugt, dass für die Beseitigung von Schadstoffen im Rahmen der laufenden Sanierung zusätzlich Mittel aufgewendet werden müssten. Es könne sich um einen erheblichen Betrag handeln. Eine seriöse Schätzung sei noch nicht möglich.

Die untere Denkmalschutzbehörde habe den Antrag der Messe auf Genehmigung des Abrisses der Deutschlandhalle zurückgewiesen. Dagegen sei Widerspruch eingelegt worden. Die Begründung werde der unteren Denkmalschutzbehörde in Kürze zugehen. Im Zuge der Bearbeitung des Widerspruchs werde Einvernehmen mit der oberen Denkmalschutzbehörde herzustellen sein. Sie erwarte in angemessener Zeit eine positive Entscheidung der unteren Denkmalschutzbehörde gegenüber der Messe, habe aber keine eigene Zuständigkeit und könne deshalb keine abschließende Einschätzung abgeben.

Konrad Zander (SenStadt) ergänzt, das Parkhaus habe bei der Konzeptfindung zur Disposition gestanden, da von 600 Parkplätzen nur rund 300 benötigt würden. Man gehe mit dem Parken in das Untergeschoss und wolle dort möglichst wenig verändern, um den Aufwand minimal zu halten. Insofern hätte es auch keinen Sinn, Ein- und Ausfahrten zu schließen. Das Parkhaus stehe als spätere Erweiterungsfläche zur Verfügung.

Albert Weingartner (FDP) fragt, ob die Messe die Flächen in umgebauter Form bespielen könne und wolle oder ob es differenzierte Aussagen gebe. Im Hinblick auf die Ankündigung höherer Baukosten und damit schlechterer Rentabilität des Gebäudes interessiere ihn, bis zu welcher Grenze der Senat die Kosten politisch und wirtschaftlich vertreten wolle und ob er ggf. auch über den Verkauf des ICC nachdenke.

Andreas Otto (Grüne) bekundet Interesse an der Kostenschätzung von 6 Mio. Euro in dem betreffenden Gutachten. Er bitte um Auslegung im Datenraum. Zur Asbestbelastung der Dachkonstruktion wünsche er nähere Ausführungen.

René Stadtkewitz (CDU) unterstützt die Sanierung des ICC; über Kleinigkeiten könne man immer streiten. Treffe zu, dass der Architekt Schüler seine Rechte verkauft habe?

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) antwortet, Urheberrechte seien nach ihrer Kenntnis persönliche Rechte, die nicht verkauft werden könnten. Gleichwohl möge es sein, dass jemand andere mit der Durchsetzung dieser Rechte beauftrage. Sie habe keine Hinweise, dass die Messe inzwischen von ihren Vorstellungen zur Nutzung des ICC abgewichen sei. Allerdings konzentrierten sich die Kontakte der SenStadt zur Messe darauf, sie bei der Ermittlung der technischen Voraussetzungen für die Sanierung und später bei der Vergabe der Planungs- und Bauleistungen zu unterstützen.

Seit Beginn des neuen Jahrhunderts müsse man sich nicht nur mit Asbest auseinandersetzen, sondern auch mit künstlichen Mineralfasern, die bis vor einiger Zeit noch nicht als gesundheitliches Problem gegolten hätten. Deshalb rechne sie mit einem erheblichen zusätzlichen Sanierungsbedarf und erheblichen zusätzlichen Kosten aufgrund des Fundes von Asbest und künstlichen Mineralfasern.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide bemerkt, dass im Oktober ein Landgerichtstermin über die Frage der Beteiligung und der Ausübung der ursprünglichen Architektenrechte anstehe. Mit welchen Verzögerungen sei deshalb zu rechnen?

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) teilt mit, dass ihr eine rechtliche Auseinandersetzung nicht bekannt sei. Sie werde sich danach erkundigen und Bescheid sagen.

Albert Weingartner (FDP) erinnert an die Beantwortung seiner Frage nach der Schmerzgrenze des Senats bei den Sanierungskosten.

Bürgermeisterin Ingeborg Junge-Reyer (SenStadt) erklärt, der Senat sei nicht nur sturm-, sondern auch schmerzerprobt.

Vorsitzender Dr. Manuel Heide stellt fest, dass Titel 701 10 zur 2. Lesung zurückgestellt sei und der Ausschuss den FDP-Antrag – Drs 16/2119 – mehrheitlich ablehne (siehe im Einzelnen das Beschlussprotokoll).

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Geschäftliches siehe Beschlussprotokoll.